Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. **Bezug:** Durch die Postanstalten oder den Verlag. — **Bezugspreis:** Vierteljährig Mk. 6.—, Halbjährig Mk. 12.—, Ganzj. Mk. 24.—, Einzelnummer 50 Pf. — **Verlag, Auslieferung u. Schriftleitung** d. „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr. 4.



Anzeigen: Die viergesp. Millimeter-Zeile 50 Pf. — Wiederhol. Rabatt. — Familien-Anz. Ermäßigung. — **Anzeigenannahme:** Verlag des „Jüd. Echo“. München, Herzog Maxstr. 4. **Fernsprecher:** 53099. **Postscheckkonto:** München 3987.

Ausgabe A | **Nr. 8 / 25. Februar 1921** | **8. Jahrgang**

1921 Wochenkalender 5681

	Februar	Adar	Bemerkung
Sonntag	27	19	
Montag	28	20	
Dienstag	März 1	21	
Mittwoch	2	22	
Donnerstag	3	23	
Freitag	4	24	
Samstag	5	25	פ׳ שקלים מברכין החדש

ZWEI ALLGEMEINE
JÜDISCHE WÄHLERVERSAMMLUNGEN

Sonntag, den 27. Februar 1921
abends 1/2 8 Uhr im „Bayer. Hof“, Promenadeplatz

Vortrag des Herrn **Dr. J. Bamberger, Nürnberg:**

DIE JÜDISCHE VOLKSSCHULE

Hier wird Gelegenheit geboten, sich über diese umstrittene Frage aus dem Munde eines bewährten bayerischen Schulmannes zu unterrichten.

Freie Aussprache

Donnerstag, den 3. März 1921, abends 1/2 8 Uhr im „Bayer. Hof“, Promenadeplatz

Vortrag des Herrn R.-A. **Dr. Alfred Klee, Berlin**
Mitglied des Vorstandes der Berliner jüdischen Gemeinde.

DIE
AUFGABEN DER DEUTSCHEN JUDEN

Aus der Praxis für die Praxis wird der bekannte Vorkämpfer für die Erneuerung des jüdischen Gemeindelebens den Komplex der in der Wahl zur Entscheidung stehenden Fragen behandeln.

Freie Aussprache

Zu beiden Versammlungen: Eintritt frei. Reservierte Plätze M. 2.—. Karten zu haben im Jüdischen Echo, Herzog Maxstraße 4 (Telefon 53099) und im Büro der Jüdischen Volkspartei, Wagmüllerstraße 19 (Telefon 21499).

Im Gegensatz zur „liberalen“ Praxis

fordern wir **alle** Jüdinnen und Juden zum Besuch dieser wichtigen Versammlungen auf, die niemand versäumen wird, der sich informieren will. Wir beschränken unsere Versammlungen **nicht** wie die „Liberalen“ auf **Gesinnungsfreunde,** sondern fordern unsere Gegner zur Aussprache auf. Besonders eingeladen sind wieder die liberalen Verwaltungsmitglieder. Eine fruchtbare Aussprache über die Gemeindefragen erscheint uns im allgemeinen Interesse sehr erwünscht.

Die Grundfragen des Wahlkampfes umseitig!

Die Grundfragen des Wahlkampfes

werden in den Flugblättern des liberalen Wahlausschusses verfälscht. Es handelt sich

Nicht um die „Jüdische Volksgemeinde", die wir nie gefordert haben,

Nicht um „Außenvertretung der Gemeinde durch Ausländer" — ein liberales Schreckgespenst, das niemand ernst nimmt —, sondern um die selbstverständliche, unerläßliche Gleichberechtigung aller Gemeindemitglieder, die gleiche Pflichten haben. Diese Gleichberechtigung ist überdies fast in ganz Deutschland in Verbänden und Gemeinden durchgeführt.

Nicht um obligatorische jüdische Volksschulen, sondern es soll den Eltern, denen es Herzensbedürfnis ist, ihren Kindern eine jüdische Erziehung durch jüdische Lehrer angedeihen zu lassen, der Weg dazu geebnet werden.

Die Liberalen umgehen mit Absicht die Kernfragen des Wahlkampfes:

Soll die Gemeindeverwaltung

Nach liberaler Praxis		Nach unseren Absichten
eine Stätte der Stagnation oder Erstarrung sein?	oder	ein Organ der Erneuerung des jüdischen Lebens?
weiter bei allen Aufgaben jüdischer Kultur und Bildung versagen?	oder	Einrichtungen zur Pflege der dem Judentum innewohnenden Kulturwerte schaffen?
weiterhin der Entfremdung der jüdischen Jugend vom Judentum gleichgültig zusehen?	oder	für geeignete Mittel sorgen, um die Jugend mit jüdischen Kenntnissen und Liebe zum Judentum zu erfüllen?
gegenüber der antisemitischen Flut untätig bleiben und ihre Bekämpfung Privaten überlassen?	oder	mit der nur ihr innewohnenden Autorität als Vertretung aller Juden die Bekämpfung des Antisemitismus umfassend und energisch betreiben?
in engherziger Begrenzung ihrer Kompetenz die wichtigsten jüdischen Arbeiten und Probleme von sich weisen?	oder	alle jüdischen Angelegenheiten verantwortungs- und arbeitsfreudig in ihren Aufgabenkreis ziehen?
die Gemeindemitglieder weiterhin unbeachtet und ohne Information lassen, so daß sie von der Gemeindearbeit nichts wissen und allmählich jedes Interesse verlieren?	oder	durch ständige enge Fühlung mit der ganzen Gemeinde dieselbe an ihren Arbeiten interessieren und beteiligen und damit das ganze Gemeindeleben anregen?
aus Personen gebildet werden, denen das Judentum eines von vielen Dingen ist, denen eben nach ihrer ganzen jüdischen Einstellung und ihren geringen jüdischen Kenntnissen die Fähigkeit fehlt, positive jüdische Arbeit zu leisten?	oder	sollen Personen die Gemeinde führen, denen das Judentum Lebenszentrum ist und die schon dadurch Gewähr für eine lebenswarme positiv jüdische Gemeindeverwaltung geben?

Kurz es handelt sich um

Zerfall oder Erneuerung des Gemeindelebens

Wer nicht wie bisher Passivität, fortschreitenden Zerfall wünscht, sondern eine von stark pulsierendem jüdischem Leben erfüllte Gemeinde, wird, gleichviel ob neolog oder orthodox, Zionist oder Zionistengegner

Jüdische Volkspartei wählen!

Das Jüdische Echo

Nummer 8 25. Februar 1921 8. Jahrgang

Palästina und die deutschen Juden.

Versammlung des „Liberalen Vereines".

Am 10. Februar fand eine Versammlung des „Liberalen Vereins für die Angelegenheiten der Jüdischen Gemeinde" in Berlin statt, die von mindestens 500 Personen besucht war. Zum Thema: **„Palästina und die deutschen Juden"** führte Rabbiner Baeck ungefähr folgendes aus: „In jedem Juden lebt ein Stück Palästina. Das Land, das die Wiege des jüdischen Volkes gewesen sei, sei wie kein zweites ein Land der Gegensätze und habe diesen Charakter seinen Bewohnern mitgeteilt. So ist auch das jüdische Volk durch seine ganze Geschichte ein Volk der Gegensätze gewesen, einerseits das radikalste Volk, das mit offenem Sinn und Verständnis für die Geschicke der Völker seiner Umgebung begabt ist, andererseits das konservativste Element der Geschichte.

Auch im deutschen Judentum ist dies nachweisbar. Aus seiner Mitte sind im letzten Jahrhundert Orthodoxie, Liberalismus und Zionismus hervorgegangen. Die große Tradition des deutschen Judentums, das Jahrhundertelang die geistige Führung des gesamten Judentums gehabt habe, verpflichtet die Generation der Gegenwart zu ihrer Vergangenheit würdigen Taten. Man könne das Judentum in der älteren Generation als ein „Judentum unserer Großväter" ansprechen, während im Gegensatz dazu ein starkes „Judentum unserer Kinder" heute seine Gegenwart anzeige, eine Renaissance, die da sei, auch ohne daß wir uns geschichtlich Rechenschaft geben können, warum. Das poetische Bild Ezechiels von den Totengebeinen, die durch den Geist Gottes zu neuem Leben werden, ist heute vor unser aller Augen sinnfällig. Es heißt heute die Zeichen der Zeit erkennen und **mit allen Kräften mitzuarbeiten an der Errichtung des neuen Palästina.** Wenn wir 600 000 Juden Deutschlands gegenüber den 13 Millionen Juden der Welt uns ausschließen wollten, wir schlössen damit nur uns aus, nicht das Werk, das ohne uns entstehen wird, weil es entstehen muß. Das jüdische Palästina ist eine Tatsache, auch wenn alle deutschen Juden ihre Mitarbeit versagten. Die geschichtlich-traditionelle Bedeutung des deutschen Judentums erfordert heute seine eifrigste Mitarbeit. Es ist falsch, wenn man mit humanitären Maßnahmen die Judenfrage lösen oder Palästina aufbauen wolle. Für landflüchtige Zigeuner können wir mit humanitären Gründen eintreten, für Juden können wir nur aus jüdischen Gründen tätig sein. **„Hört denn das Judentum an den deutschen Grenzpfählen auf?"** Jüdische Fragen müssen wir von jüdischem Gesichtspunkt aus, deutsche vom deutschen Standpunkt aus lösen. Und wenn wir heute gemeinsam das jüdische Werk leisten wollen, so darf es nicht heißen: „Erst Verständigung mit den andern." Wir müssen geben und immer wieder geben, wir müssen das „Ja" des Segens immer wieder aussprechen, wir dürfen uns nicht abschrecken lassen, sondern mit den anderen mitarbeiten; das sei durchaus möglich, wenn man die Heißsporne in beiden Lagern entferne."

Zum Schluß erwartete Rabbiner Baeck von der Erneuerung des Judentums in Palästina auch eine fruchtbare Bereicherung des religiös-liberalen jüdischen Gedankens, als dessen Vertreter er sich ansehe. Mit größerer Berechtigung und Autorität würden von Palästina aus jüdische Gedanken der Welt verkündet werden können."

Die Tagung des neutralen Jugendbundes.

In einer stark besuchten Versammlung des jüdischen Jugendbundes Berlin am 2. Februar ds. Js. gab der Vorsitzende des Verbandes der jüdischen Jugendvereine Deutschlands, Dr. Alfred Apfel, im Rahmen eines ausführlichen Referates über Probleme der jüdischen Jugendbewegung sehr beachtenswerte Erklärungen zur Palästinafrage. Er führte aus:

„Die deutschen Juden müssen nunmehr klipp und klar Stellung nehmen, ob sie an dem Aufbau Palästinas praktisch mitarbeiten wollen. Theoretische Sympathieerklärungen genügen heute nicht mehr. Die überwältigende Mehrheit der deutschen Juden ist geneigt, **Palästina als Frage der Gesamtjudenheit** fortan zu betrachten. Besonders unwürdig ist es, in diesem Falle die Stellung je nach dem Erfolge oder Mißerfolge der neuen nationalen Heimstätte zu nehmen. Es ist nicht zu befürchten, daß ein Erfolg des Palästina-Unternehmens eine schlechte Rückwirkung auf die staatsbürgerliche Stellung der Juden in anderen Ländern haben wird, insbesondere wird man in Deutschland dann eine reinliche Scheidung zwischen den nationalen und den deutsch-patriotischen Juden machen, denen man es sogar vielleicht hoch anrechnen wird, daß sie, statt sich einem prosperierenden Palästina zuzuwenden, dem aus vielen Wunden blutenden deutschen Vaterlande treu geblieben sind. Sollte aber Palästina ein Mißerfolg werden, wird die national-jüdische Frage keineswegs zur Ruhe kommen und Millionen von Juden, die nicht wissen, wohin sie sich wenden sollen, werden **zur Verzweiflung getrieben.**

In diesem Augenblick, wo in dem Wirken der zionistischen Partei ein bedeutsamer Abschnitt erreicht ist, muß selbst der Gegner anerkennen, daß selten eine Partei in zwei Jahrzehnten trotz aller Dolchstöße von vorn, von hinten und aus den eigenen Reihen unter den schwierigsten Umständen einen so großen politischen Erfolg errungen hat, wie die zionistische Partei, dessen Bedeutung auch nicht geschmälert wird, wenn im endgültigen Mandatsvertrag nicht alle zionistischen Blütenträume zur Reife gelangen. Die Zionisten sehen sich nun vor die Tatsache gestellt, daß sie allein die neue Heimstätte nicht schaffen können. In einer Zeit, wo selbst gut fun-

dierte Staaten Mühe haben, ihre Grundgefüge aufrecht zu erhalten, wo die erbittertsten Gegensätze zwischen kapitalistischen und antikapitalistischen wirtschaftlichen Anschauungen ausgekämpft werden, soll der Versuch gemacht werden, **einen neuen Staat** zu errichten. Außerdem sind die erheblichen Mittel, die hierzu nötig sind, ohne die Hilfe der Nichtzionisten nicht aufzubringen. Redner gibt der Meinung Ausdruck, daß leider die zionistische Partei in diesem Augenblick nicht den Eindruck der Geschlossenheit mache, den man von ihr in diesem historischen Augenblick verlangen müsse. Es sei anerkennenswert und auch taktisch richtig, daß speziell die deutschen zionistischen Organe die vorhandenen wirtschaftlichen und ideellen Gegensätze und Schwierigkeiten nicht vertuschen, sondern offen besprechen, es müsse aber doch Verwunderung erregen, daß in diesem Augenblick die zionistische Studentenschaft Deutschlands aus anscheinend mehr persönlichen wie sachlichen Gegensätzen heraus sich gespalten habe. Es handelt sich hier nicht mehr um eine intern zionistische Angelegenheit, um die sich der Außenstehende nicht zu kümmern hat; wenn nicht einmal in solchem Augenblick eine Partei, der das Schicksal eine so große Aufgabe zugewiesen hat, über persönliche Gegensätze mit großem Schwung hinwegkommen kann, dann würden leider diejenigen nur allzu sehr Recht behalten, die von der Unmöglichkeit sprechen, jüdische Individualitäten unter einen Hut zu bringen."

Unter sichtlicher Spannung und unter anscheinend einmütigem Beifall der Versammlung, in der viele führenden Frauen und Männer aus allen Lagern bemerkt wurden, führte Dr. Apfel folgendes weiter aus:

„Es ergibt sich nun die Frage, inwieweit die nichtzionistischen Juden sich an der praktischen Palästinaarbeit, insbesondere an der **Aufbringung der Geldmittel für Palästina** beteiligen sollen. Es darf als bekannt vorausgesetzt werden, daß in Amerika und England führende nichtzionistische Juden sich an die Spitze der praktischen Palästinaarbeit gestellt haben. Die fast einheitliche Auffassung, die am 23. Januar 1921 anläßlich der Begründung der Gesamtorganisation der deutschen Juden zum Durchbruch gelangt ist, daß Palästina fortan als gesamtjüdische Frage von Herzens- und Verstandeswegen aufzufassen sei, läßt es fast selbstverständlich erscheinen, daß auch das deutsche Judentum in großzügiger Weise bei der Aufbringung der Geldmittel mitwirkt.

Es ist aus vielen Gründen erforderlich, daß die nichtzionistischen Juden so schleunig wie möglich, wenn irgend möglich im vollen Einklang mit der zionistischen Parteileitung Deutschlands, den bisherigen theoretischen Sympathieerklärungen für Palästina entscheidende Beschlüsse praktischer Natur folgen lassen. Bei aller Anerkennung des zionistischen Standpunktes, bei den von zionistischer Seite eingeleiteten Sammlungen zum Keren hajessod zunächst die Opferwilligkeit der eigenen Parteifreunde zu beweisen, sowie erst nach Behebung der Differenzen mit den amerikanischen zionistischen Führern über den Charakter des Keren hajessod an die Gesamtjudenheit heranzutreten, — ist zu befürchten, wenn die zurzeit fast einheitliche Stimmung nicht bald ausgenutzt wird, daß der Wunsch, großzügige gesamtjüdische (nicht parteimäßige) praktische Palästinaarbeit der deutschen Juden herbeizuführen, schwerer zu verwirklichen sein wird als heute.

Es ist nicht taktischer Vorbehalt, sondern Erkenntnis der Schwierigkeit der Materie — einer Materie, die durch das Hineinspielen verschiedenartiger Probleme erhöht wird — wenn ich die Anhänger unserer Bewegung bitte, die Ergebnisse unserer Beratungen mit den Bezirksverbänden, mit dem Verbandsvorstand und mit den übrigen jüdischen Gruppen abzuwarten, die wir zwecks Herbeiführung einer möglichst einheitlichen Stellungnahme unverzüglich aufnehmen, ehe der einzelne zu den zionistischen Sammlungen Stellung nimmt. Ich glaube in der Annahme nicht fehl zu gehen, daß es auch der zionistischen Sache dienlicher erscheint, statt einzelner zersplitterter Sympathie-Zahlungen für den Keren hajessod-Fonds mit einer **möglichst geschlossenen Phalanx** der übrigen deutschen Juden gemeinsame praktische Arbeit zu leisten.

Wenn wir dafür eintreten, den alten Hader zu vergessen, so gehen wir hierbei von der zwar selbstverständlichen aber nachdrücklich unterstrichenen Voraussetzung aus, daß auch von zionistischer Seite von jetzt ab eine äußere, möglichst auch eine innere Respektierung unserer deutsch-patriotischen Gefühle erfolgt. Dann, aber nur dann wird es möglich sein, fortan den Kampf gegen den Antisemitismus der Verquickung mit innerjüdischen Gegensätzen zu entziehen, und es somit auch dem Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens ermöglicht werden, einen Strich unter den vergangenen heftigen Kampf mit den Zionisten zu machen."

In der nachfolgenden Erörterung führte von zionistischer Seite Kurt Blumenfeld aus:

Zum ersten Male hat der Führer einer der größten jüdischen Organisationen Deutschlands anstelle der üblichen unverbindlichen Sympathieerklärungen auf die Verpflichtung aller Juden hingewiesen, am Aufbau Palästinas praktisch mitzuarbeiten. Wir Zionisten sind in die merkwürdige Situation gebracht worden, uns rechtfertigen zu müssen, warum wir noch nicht an alle jüdischen Kreise mit der Aufforderung zur Mitarbeit herangetreten sind. Als im Juli 1920 die Errichtung des Keren hajessod beschlossen wurde, galt es, etwa 25 Millionen engl. Pfund in der Welt aufzubringen, wovon eine Million Pfund auf Deutschland entfallen sollte. Wir hielten es für unsere Verpflichtung, zunächst den Beweis zu liefern, daß die Zionisten selbst einen namhaften Bruchteil dieser Summe aufbringen. Der bisherige Verlauf der Sammlung unter den deutschen Zionisten entspricht unseren Erwartungen und alle bisherigen jüdischen Sammlungsaktionen um ein vielfaches. Die überwältigende Mehrheit der Juden der anderen Länder hat sich entschlossen, beim Aufbau Palästinas mitzuarbeiten, nicht etwa aus entente-politischen Gründen, wie vielfach irrtümlich angenommen wird, sondern aus dem Gefühl jüdischer Verpflichtung heraus. Redner will bei der gemeinsamen Arbeit in Deutschland von niemandem verlangen, Gesinnungskompromisse zu schließen, sondern befür-

wortet eine **Politik der Bündnisse**, die jedem Freiheit im Denken lasse, aber Einheit im Tun schaffe. Redner schließt sich der vorher von Herrn Dr. Apfel geäußerten Ansicht an, daß die Gesamtorganisation der deutschen Juden einen wichtigen Schritt auf dem Wege zum jüdischen Weltkongreß bedeuten könne.

Das Schlußwort sprach Fräulein Dr. Cora Berliner.

Rednerin akzeptiert die Politik der Bündnisse, die Kurt Blumenfeld vorgeschlagen hat. Es sei nunmehr der Augenblick gekommen, wo Zionisten und Nichtzionisten ein großes Stück Weges miteinander gehen könnten. Hoffentlich findet dieser Augenblick ein Geschlecht, das sich nicht in Rückerinnerungen an die zum Teil kleinlichen Kämpfe der Vergangenheit ergeht.

Aus den neutralen Jugendvereinen.

Am 6. Februar d. J. fand eine von allen angeschlossenen Vereinen stark besuchte erweiterte Vorstandssitzung des Bezirksverbandes der jüdischen Jugendvereine Nordwestdeutschlands in Hildesheim statt. Im Anschluß daran sprach der Vorsitzende des Hauptverbandes, Dr. Alfred Apfel, in zwei stark besuchten Versammlungen in Hannover und Hildesheim am 5. und 6. Februar vor der jüdischen Öffentlichkeit über das Thema: „Alt und Jung im deutschen Judentum.“ Im Vordergrund seiner Ausführungen sowohl in der Vorstandssitzung als auch in den Versammlungen stand die Stellungnahme zu Palästina und zu den zionistischen Sammlungen für Palästina. Er betonte unter besonderem Hinweis den großen Willen zur Einigkeit bei der Gründung der Gesamtorganisation der deutschen Juden am 23. Januar in Berlin, einer Tat, die beispielgebend für das Gesamtjudentum sei, daß es nun an der Zeit sei, Palästina als Angelegenheit des gesamten Judentums und jedes einzelnen Juden zu betrachten. Es müsse und werde ohne Zweifel bei gegenseitigem vollem Verständnis für die Anschauungen des Andersgesinnten ein Weg der gemeinsamen Arbeit für Palästina gefunden werden, und Redner verlangt besonders von der Jugend, daß sie sich hinter seine Gedanken stelle. Die Diskussion in Hannover ergab, daß sich gegen diese Ausführungen auch von zionistengegnerischer Seite kein Widerspruch erhob. Die Vertreter der Bezirksvereine gaben während der Vorsitzung ihrer Meinung dahin Ausdruck, wie Apfel in seinem Schlußwort feststellte, daß man sich prinzipiell seinen Ausführungen vollinhaltlich anschlöße; ein praktischer Weg würde leicht gefunden werden. Die von über 300 Personen besuchte öffentliche Versammlung in Hildesheim gestaltete sich zu einer einmütigen Kundgebung für das einige Judentum; insbesondere fanden die glänzenden Ausführungen des Herrn Landtagsabgeordneten Dr. Regensburger, Braunschweig, der sich in allen Dingen, vor allem auch inbezug auf Palästina, Dr. Apfel anschloß, großen Beifall. Die beiden Tage zeugten von dem überall vorhandenen Willen zur Einigkeit, zur Überbrückung der Gegensätze und zur gemeinsamen Arbeit in Erez-Israel.

Die erste Wahlversammlung in München.

Am 12. Februar hat die jüdische Volkspartei die erste Wählerversammlung für die jüdischen Gemeinde- und Verbandswahlen einberufen und dazu die ganze Gemeinde, insbesondere auch die Führer im gegnerischen Lager eingeladen. Die Versammlung war außerordentlich stark besucht, der große Saal im Bayerischen Hof bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Versammlung wurde von Herrn Lichtenauer eröffnet und geleitet. Als erster Referent sprach der Führer der Orthodoxie, Herr Kommerzienrat Fränkel, in mehr als einstündiger Rede zum Thema des Abends: „Zerfall oder Erneuerung“. Er sah seine Aufgabe vor allem darin, aus der Geschichte der letzten Jahrzehnte nachzuweisen, wie engherzig die neologe Mehrheit sich gegenüber den berechtigten Ansprüchen der orthodoxen Minderheit verhalten hat und wie diese erst Schritt für Schritt sich die Anerkennung ihrer Daseinsberechtigung in der Gemeinde hat erkämpfen müssen. Noch immer sei der Geist des Kulturkampfes nicht aus allen Köpfen geschwunden, wenn man auch heute in der Hauptsache einsieht, daß die frühere Politik der Unterdrückung religiöser Minderheiten nicht mehr weitergeführt werden kann. Die Liberalen wenden sich jetzt gegen die Forderung der jüdischen Volksschule, deren Zustandekommen sie, nachdem die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind und die Verwaltungsbehörden ihre Genehmigung erteilt haben, doch nicht verhindern können. Sie zeigen ferner ihren „Liberalismus“ in Entrechtung der ausländischen Juden, die gerade in religiöser Hinsicht zu einem erheblichen Teil mit den aktivsten Anteil an dem jüdischen Gemeindeleben nehmen. Der Redner, der in äußerst wirksamer Weise mit dem Bilde der Auferstehung aus der Vision des Propheten Ezechiel begann, schloß seine Ausführungen mit

einer geistvollen talmudischen Ausdeutung der im Wochenabschnitt enthaltenen Arbeit am Aufbau des Stiftszeltes.

Als zweiter Redner sprach Herr Dr. Elias Straus. Er kennzeichnete den Gemeindeliberalismus, der als Liberalismus nur in Anführungszeichen bezeichnet werden könne, als den Ausläufer der Emanzipationsbewegungen, des Kampfes um die Gleichberechtigung ohne positive jüdische Ziele und Ideale. Die Liberalen können infolgedessen auch nicht den aus mannigfachen äußeren und inneren Gründen eingetretenen Verfall im deutschen Judentum aufhalten. Ein Aufbau und eine Erneuerung kann nur durch diejenigen erfolgen, die ein positives jüdisches Ideal in sich tragen und an die Zukunft des Judentums glauben. Dr. Straus kennzeichnet die durchaus negative Politik der Gemeindeliberalen an Hand ihres Wahlaufrufs, der statt positiver Ziele den Kampf gegen die Ideale der Anderen an die Spitze stellt und setzt sich mit den Liberalen über den Begriff „Volksgemeinde" auseinander, der von der jüdischen Volkspartei nirgends gebraucht worden sei, im übrigen von niemand in Deutschland im Sinne einer politischen nationalen Autonomie erstrebt werde. Er begründete die Notwendigkeit einer jüdischen Volksschule, die insbesondere auch von den jüdischen Lehrern gewünscht werde, weil diese ihre besten Kräfte gegenwärtig einer Arbeit widmen müssen, deren Erfolglosigkeit von vorneherein feststeht. Wären die Liberalen wirklich das, was ihr Name sagt, so dürften sie keine Schritte unternehmen, um diejenigen, die eine jüdische Volksschule für ihre Kinder wünschen, an der Errichtung einer solchen zu verhindern. Ein Zwang zum Besuch der jüdischen Volksschule könne ja nicht ausgeübt werden, da kraft Gesetz die öffentlichen Volksschulen der politischen Gemeinde jedermann zugänglich sein müssen. Der Kampf gegen den Zionismus sei von den Liberalen grundlos in die Wahldebatte gezogen worden, um ängstliche Gemüter auf ihre Seite zu bringen. In einer Zeit, in der das größte Reich der Welt die zionistische Organisation als die Vertretung des jüdischen Volkes völkerrechtlich anerkennt (vergl. unseren Bericht in der vorigen Nummer), wirke es geradezu jämmerlich, wenn Münchener Gemeindeliberale den Zionismus bekämpfen zu sollen glauben. Der Redner ging dann auf die positiven Leistungen der Liberalen in der jetzigen Gemeindeverwaltung ein und wies aus seinen Erfahrungen nach, wie die Liberalen gegenüber den kulturellen und sozialen Aufgaben der Gemeinde ersagt hätten. So konnte die Errichtung und der Ausbau einer jüdischen Gemeindebibliothek den Liberalen nur nach längerem zähen Widerstand abgerungen werden und gegenüber den sozialen Forderungen erwies sich die liberale Verwaltung bisher stets ablehnend. Man berief sich früher hierbei auf den Statutenparagraph 2, aber auch, nachdem dieser auf Anregung von zionistischer Seite geändert war, und statutarische Hindernisse nicht mehr entgegenstehen, hielten die Liberalen es für richtig, die Anträge auf Unterstützung der sozialen Institutionen durch die Gemeinde abzulehnen und nur in sehr beschränktem Umfange gutzuheißen. Dabei sollte man doch meinen, daß Jugendfürsorge, Krankenheim, Schwesternheim, Jugendvereine, Emigrantenfürsorge usw. Dinge seien, deren Forderung nicht nur den Zionisten und Orthodoxen am Herzen liegen muß. Es zeigt sich eben auch hier wieder die Unproduktivität des liberalen Gedankens, der den Zerfall befördert. An seiner Stelle müßten neue Kräfte in die Gemeinde kommen. Die jüdische Volkspartei erstrebt diese Erneuerung. Redner schloß mit einem Appell an die Wähler.

Da die Zeit schon vorgeschritten war, verzichtete der 3. Referent des Abends zunächst auf das Wort, und es wurde nach einer kurzen Pause in die Debatte eingetreten.

Als erster Diskussionsredner gab Herr Lehrer Dingfelder namens der Münchener jüdischen Lehrerschaft, die sich durch die Kritik des jüdischen Religionsunterrichtes im Wahlaufruf der jüdischen Volkspartei verletzt gefühlt hatte, eine Protesterklärung ab. Nachdem der zweite Referent, Herr Dr. Straus, diesen Passus des Wahlaufrufes bereits behandelt und, wie der Diskussionsredner zugab, in einer auch die Lehrer befriedigenden Weise erklärt hatte, war für diesen zuvor beschlossenen Protest eigentlich keine Veranlassung mehr vorhanden. Man konnte sich des Gefühls nicht erwehren, daß die Münchner jüdische Lehrerschaft, wenn sie in diesem Wahlkampf hervortreten will, ihre Front nur gegen diejenige Seite richten dürfte, die den Kampf gegen die Volksschule auf ihr Programm geschrieben hatte und damit die Axt an die Wurzel des Baumes legt, aus dem die jüdische Lehrerschaft ihre Kraft zieht.

Als zweiter Diskussionsredner sprach namens der Liberalen der 2. Vorstand der Münchener Kultusgemeinde, Herr Dr. Karl Östreich, dem trotz der vorgerückten Stunde volle Redefreiheit gewährt wurde. Herr Dr. Östreich sprach mit unleugbar advokatorischem Geschick, das ihn über die Schwäche des eigenen Standpunktes leicht hinweggleiten ließ. Den Oppositionsparteien rief er zu, man könnte leicht „Ideologie" treiben, wenn man keine Verantwortung trage. Er würde, wenn er in der Opposition stünde, in der gleichen Weise kämpfen, wie seine jetzigen Gegner. Und dann folgte ein Appell an die Steuerfurcht der liberalen Freunde. Man könne all die Forderungen der Opposition befriedigen, wenn die Gemeindemitglieder statt des nun dreifachen im nächsten Jahr den vierfachen Steuerbetrag gutwillig zahlen wollten. Der Forderung nach Gleichberechtigung der Ausländer stellte er die oft widerlegten Argumente vom ungünstigen Eindruck gegenüber der Außenwelt usw. entgegen, ohne eine eigentliche Widerlegung der Vorredner zu versuchen. Herr Jakob Reich, der Vorsitzende des Gesamtausschusses der Ostjuden, der als dritter Referent vorgesehen war, antwortete in wirkungsvollen Worten auf die Ausführung der beiden Diskussionsredner. Er stellte dem Typus des Nochjuden und Auchjuden, der jetzt in der jüdischen Gemeinde herrscht, gegenüber die Forderung, daß nur Männer zur Führung der jüdischen Dinge berufen werden dürften, bei denen das jüdische Gesamtinteresse im Vordergrund ihres Denkens und Fühlens steht; Männer, die es für Recht halten, in den Zeiten, in denen im Osten Hunderttausende von

Juden als Juden totgeschlagen werden, öffentlich zu erklären, man müße einen dicken Strich machen zwischen Ost- und Westjuden, könne er nicht als geeignete Vertreter in der jüdischen Gemeinde anerkennen. Es käme in dem Wahlkampf nicht darauf an, ob die eine oder andere Partei einige Mandate mehr oder weniger erringe, sondern darauf, daß das jüdische Gewissen innerhalb der Gemeinde einmal geweckt und aufgerüttelt werde. Der starke Beifall, der dem letzten Redner gespendet wurde, zeigte, wie sehr dieser die Hörer gepackt hatte. Es folgte noch ein Schlußwort des ersten Referenten, Kommerzienrat Fränkel, der gleichfalls nochmals auf die Ausführungen der beiden Diskussionsredner einging und deren Argumente zurückwies. Die Versammlung schloß in sehr vorgerückter Abendstunde. Die Zuhörerschaft hatte fast ausnahmslos bis zuletzt ausgeharrt und damit ihr lebhaftes Interesse an den Darlegungen der Referenten bewiesen. Der Vorsitzende machte bei Schluß der Versammlung darauf aufmerksam, daß die nächste Versammlung der jüdischen Volkspartei am Sonntag, den 27. Februar, abends 8 Uhr stattfindet und hierbei Herr Schulleiter Dr. Bamberger aus Nürnberg über die im Mittelpunkt des Wahlkampfes stehende Frage der jüdischen Volksschule sprechen wird. Der Besuch der Versammlung steht allen Mitgliedern der jüdischen Gemeinde frei.

Bindestrich oder Trennungsstrich?

1. Bindestrich.

Ein amerikanischer Staatsbürger jüdischen Glaubens erzählte mir: „Nach Ausbruch des Weltkrieges konnte niemand ein gutes Wort für das Deutschtum einlegen, ohne als „Bindestrich-Amerikaner“ angefeindet zu werden. Wir machten uns nichts daraus. Wir sagten unter uns und wiederholten es öffentlich: „Uncle Sam ist unser Adoptivvater. Deutschland ist unsere Mutter. Warum sollten wir unsere Mutter nicht lieben?“ Und wir marschierten mit anderen Bindestrichlern hinter einer Fahne her, auf der geschrieben stand: „Not Germany made the war — made in Germany made the war — (Nicht Deutschland, der Neid auf Deutschland hat den Krieg verschuldet).“

2. Trennungsstrich.

Den Antisemitismus kann man weder dadurch abwehren, daß man ein Windei ausbrütet, das außer einer dünnen religiösen Schale keinerlei jüdischen Inhalt besitzt, noch dadurch, daß man einen Homunculus in der Retorte erzeugt, der nur hebräisch versteht. Man kann ihn nur dadurch abwehren, daß man ihn in sich selbst überwindet.

Es ist unrichtig, daß die Judenfrage eine religiöse Frage ist. Wie könnten sonst ganz irreligiöse Juden ausgesprochen jüdisch empfinden? Sie ist eine Frage des Blutes. Blut ist dicker als Wasser. Auch dicker als Taufwasser.

Es ist aber nicht minder unrichtig, daß die Judenfrage für alle Juden eine nationale Frage ist. Sie ist es für die Ostjuden, die eine kleine Nation sind, wie andere kleine Nationen. Die Deutschen jüdischer Abstammung sind versprengte Splitter des jüdischen Volks, nicht anders, wie die amerikanischen und russischen Deutschen versprengte Splitter des deutschen. Wir sind deutsch und jüdisch zugleich und können daher weder gegen das Deutschtum noch gegen das Judentum einen Trennungsstrich ziehen. Und wir sind Assimilanten. Der Unterschied ist nur, daß die Einen von uns mehr an Potsdam und an das Ghetto assimiliert sind, die anderen mehr an Weimar und an Zion.

3. Jüdische Kultur.

Die Juden sind das Volk des Buches. Aus der Mischung zweier Weltkulturen ist dieses entstanden. Ihm allein verdanken die Juden ihre Erhaltung. Nichts jüdischer darum, als die Ehrfurcht vor dem Buche. Ostjüdische Proletarier besitzen sie. Die Juden von Wilna ließen auf der Flucht vor den Heeren des Zaren Hab und Gut im Stich, um ihre heiligen Bücher zu retten, und die ostjüdischen Bergleute, die im unwirtlichsten deutschen Kohlenrevier arbeiten, antworten auf die Frage, womit man ihnen helfen könne: „Mit Büchern.“ Als die kriegsgefangenen russischen Juden Anfang 1919 aus dem Lager Puchheim entlassen wurden, hinterließen sie eine von ihnen selbst gesammelte reichhaltige jüdische Bibliothek. Die Münchener Kultusgemeinde aber läßt wertvolle Bücherbestände, die ihr durch Testament ihres Rabbiners zugefallen sind, jahrelang unbenützt und unbenützbar verstauben. Dr. Max Prager.

Literarisches Echo

Jüdische Jugendblätter, herausgegeben von der Esra-Bundesleitung. (Siehe hiezu das Inserat in der heutigen Nummer!).

Seit einem halben Jahr erscheinen hier in München die „Jüdischen Jugendblätter“, die einzige thoratreue Kinderzeitschrift Deutschlands. Wie die bisher erschienenen Nummern zeigen, verstehen es die Herausgeber in vollem Maße, in einer dem Verständnis ihrer Leser angepaßten Sprache altjüdischen Geist zu vermitteln. Die Jüd. Jugendblätter verzichten völlig auf den süßlichen Ton, wie er oftmals den Jugendschriftstellern der orthodoxen Richtung eigen ist. Stolz und sicher führen diese Blätter den Kindern ihr Gesetzesjudentum vor Augen; machen sie aufmerksam auf Dinim, auf jüdische Begriffe wie Zedoko, Anowo u. ä. Aber auch die Unterhaltungslektüre kommt zu ihrem Recht. Märchen und Sagen wechseln ab mit Spielen und Rätseln. Manchmal in knappen Sätzen, wie sie der Talmud kennt, manchmal in gefühlswarmen Gedichten und Melodien, lernen die Kinder von jüdischem Sinn und jüdischer Größe. Über das Ganze breitet sich ein froher Lichtschimmer der Liebe zum jüdischen Volk und im Besonderen zu seiner Jugend. Nicht allein Kinder, auch jüdische Väter und Mütter werden die Blätter mit Befriedigung lesen. J. F.

Gemeinden- u. Vereins-Echo

Jüdischer Wanderbund Blau-Weiß München. 2. Zug: Heimnachmittag Samstag 3 Uhr für Jüngere, 5 Uhr für Ältere; Sonntag Treffpunkt 9 Uhr Bogenhausen (Endpunkt Linie 9). 4. Zug: Heimnachmittag wie 2. Zug, Fahrt wird am Heimnachmittag ausgemacht. Turnen: für Ältere Montag 6 Uhr im Turnverein Sndling; für Jüngere Mittwoch 6 Uhr im N. Realgymnasium. Bibliothekstunde: Donnerstag halb 6 bis halb 7 Uhr.

Jüd. Kultur-Verein München. Lokal: Talmud-Thora, Klenzestraße 34. Samstag, den 26. Februar Vortrag über: „Was ist Jiddisch?" Gäste willkommen. Anfang 8 Uhr.

Spendenausweis

Münchener Spendenausweis.

Nationalfonds: Dr. Julius Siegel u. Frau sprechen Herrn u. Frau Schachno ihr herzliches Beileid aus 10.—, N. N. 200.—.

Aus dem Münchener Spendenbuch: B. Faktorowitsch anläßlich der Verlobung seiner Tochter 20.—, Dr. Raphael Straus u. Frau Erna anläßlich der Geburt ihres Sohnes 50.—.

Gold. Buch Jungjüdische Vereinigung Coblenz: Rosl Stein, München statt Winderlohn 10.—, Karl Meyer u. Rosl Stein danken Familie Lehmann für erwiesene Gastfreundschaft 10.—, Karl Meyer dankt Familie Josef Adler für Gastfreundschaft 10.—.

Hanna Debora Feuer: Leo Herbst u. Frau grat. Familie Hohenberger herzlich zur Verlobung ihrer Tochter 10.—.

Alice Sachs: Alice Sachs bittet Gottfried Fränkel, endlich die Bücher zurückzubringen 5.—.

K. J. V. er Hain: Walter Falt dankt s. l. Bbr. Drs. Weiß u. Motulsky für ärztl. Behandlung 1 B. 25.—, V. J. St. „Jordania" grat. i. l. A. H. Raphael Straus zur Geburt seines Sohnes 1 B. 25.—.

Klara Fränkel, sel. Ang.: Zum 17. Adar 1 B. 25.—, Ludwig u. Edith Langenbach gedenken des 16. Februars 1 B. 25.—.

REGINA TUCHMANN
NATHAN TUCHMANN
beehren sich ihre Verlobung ergebenst anzuzeigen
München, am 20. Februar 1921

Dr. med. KARL ROTHSCHILD
und Frau THEKLA
geb. Katzenstein
zeigen die Geburt eines Sohnes an
GUNZENHAUSEN 21. Februar 1921

Allen Bekannten
anläßlich meiner Abreise
ein herzliches Lebewohl!
JOSEF WERNER

Verantwortlich für die Redaktion: Meta Moch, München; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog Maxstraße, München.